

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halber.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber.

Nr. 221

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 60.—

Halber

Mittwoch, den 20. September 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
1.50 M., auswärts 2 M., im Restametal 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 8.— M.
Offerten-Befolgung 8.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsbankpräsident Havenstein ist aus London nach Berlin zurückgekehrt. Seine Verhandlungen sollen günstige Resultate erzielt haben.

* Der Reichseisenbahnrat stimmte einer Erhöhung der Tarife für Güter und Personen um 100 Prozent zu.

* Bei der Reise des englischen Kriegsministers nach Köln soll es sich um eine Verminderung der Besatzungskosten handeln.

* Vertreter der deutschen Gewerkschaften sind nach Paris abgereist, um über Beteiligung an dem Wiederaufbau Frankreichs zu verhandeln.

* In Deutsch-Oberschlesien haben die Bergarbeiter einem Averschichtenabkommen zugestimmt.

* Die Völkervereinigung in Genf nahm einstimmig Ungarn in den Völkerbund auf.

* Frankreich und Italien widersprechen der Forderung Englands, gegen die siegreichen Türken mit Waffengewalt vorzugehen. Russland stellt sich offen auf die Seite der Türken.

Antriebe und Hemmungen.

In London wird abermals, und zwar rein finanziell, über die Erfüllungskrise entschieden, die nur nominell zunächst eine Angelegenheit Deutschlands und Belgiens ist. Der Präsident der deutschen Reichsbank versucht, von Londoner oder Neutralen Banken eine Garantie für die Zahlungen zu erlangen, die Deutschland zunächst an Belgien, dann an Frankreich zu leisten hat. Als Präsident einer nach dem Willen der Entente selbständigen, nicht staatlichen Bank führt er also die Verhandlungen nicht von Regierung zu Regierung, sondern von Privatfirma zu Privatfirma. Das Reparationsproblem wird also rein kaufmännisch aufgefaßt. Aber immerhin ist diese Auffassung geteilter Natur. Für die Verhandlungen mit England und Amerika sind finanzielle Lösungen in Aussicht genommen, für die mit Frankreich Lösungen vom Standpunkt der Ausgleichung und Verbindung der europäischen Erzeugung. Entscheidend für den Ausgang der Londoner Mission Havensteins bleibt, ob England ein finanzielles Interesse an der Gesundung Europas hat.

Unzweifelhaft hat sich die geschäftliche Lage Englands gebessert, und in dem Grade der Besserung nimmt das Interesse für Europa ab. Der Ruf der britischen Konfession nach einer Vernachlässigung der europäischen Interessen hat in England großen Widerhall gefunden. Die zielbewusste Art, in der die Kriegswirtschaft, die Löhne und Preise abgebaut wurden, ist von keiner anderen europäischen Nation befolgt worden, aber das Ergebnis ist für England durchaus befriedigend. Die Löhne sind gefallen, aber auch die Preise. England ist dadurch wieder wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt geworden. So nimmt die Arbeitslosigkeit ab, die Beschäftigung zu. Man hat in Deutschland zu wenig auf diese Tatsache geachtet, die sich auch politisch auswirkt. Wenn wir der neuesten britischen Handelsstatistik entnehmen, die Ausfuhr im August 8 686 000 Pfund Sterling mehr als im gleichen Monat des Vorjahres betrug, obgleich der Kurs des Sterlings sich befestigte, und die Einfuhr infolge Rückgang des Nahrungsmittelverkehrs um 5 893 000 Pfund abnahm, dann liegt darin das Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung Englands. Auch die Herabsetzung der Tarife hat sich wirtschaftlich günstig ausgewirkt und vom April bis September bei der Post z. B. einen Überschuss von über 5 Millionen Pfund Sterling ergeben. Jede Katastrophenpolitik auf dem europäischen Festland erschüttert die britische Wiedergewinnung, aber mit der Sättigung Britanniens nimmt auch die Aktionsfähigkeit gegen Frankreich ab, die ohnedies durch eine verfehlte Türkenpolitik Lloyd Georges geschwächt worden ist.

England würde also durchaus für die deutschen Schulden eine Gewähr übernehmen, wenn es dadurch für sich selbst etwas herausheben könnte. Es ist heute nicht so sehr auf das deutsche Absatzgebiet als darauf angewiesen, den deutschen Konkurrenten vom Weltmarkt zu verdrängen und daher versucht es immer wieder, durch finanzielle Vor schläge die Mark zu stabilisieren. Steigt die deutsche Mark, dann sinkt die Exportfähigkeit Deutschlands. Von dieser Plattform aus hat England versucht, Havensteins Mission zu erleichtern und den belgischen und französischen Ruf in der Form starken Widerspruch zu bannen. Ob das gelingt, wird diese Woche beweisen.

Frankreich dagegen hat ganz andere Interessen. Der Plan, Industrieherr Europas zu werden, scheitert an der merkwürdig rückständigen technischen Vorbildung der Franzosen. Frankreich hat nicht genügend moderne Techniker. Die französische Finanzpolitik hat genau so zur Entwertung des Frankens geführt wie die deutsche für die Mark, denn wenn in Deutschland die Notenpresse arbeitet, so in Frankreich das System der inneren Anleihen, die zu einer außerordentlichen Verschuldung des Staats an die eigenen Volksgenossen geführt hat. Da der französische Staatshaushaltsplan deutsche Zahlungen als feste Posten eingezeichnet hatte, diese Zahlungen aber unmöglich waren, konnte Frankreich seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht durch Drohungen Poincarés gegen Deutschland beheben. Frankreichs Reichtum ist seine Erzeugung. Darin steht Frankreich heute an zweiter Stelle. Diese Erze vermag es nicht zu verarbeiten, dagegen ist die deutsche Industrie darauf eingerichtet. Dem Wiederaufbauprogramm für die zerstörten Gebiete, das unter William Poincarés auf der Heimburg abgeschlossen wurde, ist ein ähnliches mit süddeutschen Industrieführern gefolgt, und die deutschen und französischen Gewerkschaften sind in dem gleichen Sinne tätig. Es handelt sich hier also um Sachlieferungen und Austausch der Produkte der Schlüsselindustrien, worin eigentlich eine Garantie für den europäischen Wiederaufbau von innen heraus und eine Sicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt. Es ist ferner bemerkenswert, daß die Anregungen zu einer wirtschaftspolitischen deutsch-französischen Verständigung von französischer Seite ausgegangen sind.

Unmählich kommt also die Vernunft zum Durchbruch, immerhin stehen ihr im Wege die gefühlsmäßigen machtpolitischen Versuche der Franzosen und das händlerische Interesse Englands. Poincaré hält seine Reden in der alten Form, und jeden Sonntag ist eine fällige. Aber der Schreier nach Gewalt kann auch anders, und der europafremdliche Briten ist in Wirklichkeit stets darauf bedacht gewesen, entweder Europa als seine Kolonie anzusehen oder europäischen Wettbewerb zu vernichten. Die Lösung der Reparationsfragen kann heute nicht auf dem einen oder anderen, auf dem finanziellen oder wirtschaftlichen Wege erfolgen. Die Zusammenfassung ist notwendig. Und diese Woche entscheidet darüber, ob sie erfolgt, d. h. ob wir wirklich eine Atempause und Erleichterungen erhalten oder nur eine Galgenfrist. Ob die Keime der Vernunft wachsen oder die Selbstzerstörung wie Gift weiter frisst.

Süddeutsches Wirtschaftsabkommen mit Frankreich.

Nachdem das Abkommen zwischen Stinnes und Luber fac abgeschlossen worden ist, wurde auch in Württemberg ein Sachlieferungsabkommen zwischen einer süddeutschen und einer französischen Interessentengruppe getätigt, das für die süddeutsche Industrie von besonderer Bedeutung sein dürfte. Die Stuttgarter Commerz- und Privatbank hat ihre Mitwirkung zugesagt, und das Abkommen ist am 2. September von beiden Seiten unterzeichnet worden.

Die deutschen Gewerkschaften und der Aufbau.

Wie die amtliche französische „Agence Havas“ erfährt, haben die deutschen Arbeiterverbände die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete, Bevollmächtigte mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zum Abschluss einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu entsenden, angenommen. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird Dienstag in Paris erwartet. Es sollen in Paris wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Bismarcks und des zwischen Stinnes und Luber fac abgeschlossenen Abkommens getroffen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ermäßigung der Besatzungskosten?

Der englische Kriegsminister begibt sich in dieser Woche nach Köln. Es soll sich bei der Reise nicht um militärisch-dienstliche Gründe handeln, sondern der Minister sei von Lloyd George beauftragt, mit dem englischen und französischen Oberkommandierenden im besetzten deutschen Gebiet die Frage prüfen, wie in absehbarer Zeit eine Verringerung der infolge der Markentwertung immer stärker angeschwollenen und tatsächlich fast unübersehlich gewordenen Besatzungskosten sich ermöglichen lassen wird. Ob an diesen Gerüchten etwas Wahres ist, läßt sich zurzeit nicht feststellen.

Die Pflicht zur Arbeitsstreckung.

Das Reichsarbeitsministerium weist darauf hin, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Bei Vernachlässigung dieser Pflicht für die industrielle Tätigkeit dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verknüpfung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt zu werden. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers.

Konzessionszwang für den Kleinhandel.

verlangt der Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler in einer der Reichsregierung übermittelten Entschiedenheit, die am Sonntag in Berlin gefaßt wurde. In der Eingabe wird ferner gefordert: Organisationszwang für den Lebensmittelhandel, Anpassung der Preistreueverordnung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, völlige Beseitigung der Buchergerichte, scharfe Beaufsichtigung der Preispolitik der Syndikate und Kartelle, Heranziehung der Dividendenverwirrer in der Industrie zur Durchführung der Erfüllungspolitik und zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage der breiten Masse der Bevölkerung, Beseitigung der Umsatzsteuer und erhebliche Ermäßigung der Frachtsätze für Lebensmittel.

Tschecho-Slowakei.

× Das Geheimabkommen mit Polen abgelehnt. Das tschecho-slowakische Pressebureau meldet: Einige ausländische und hiesige Blätter berichteten über eine angeblich geheime Militärkonvention, die am 31. August in Marienbad abgeschlossen worden sei. Von maßgebender Stelle wird dem tschecho-slowakischen Pressebureau mitgeteilt, daß diese Meldungen nicht auf Wahrheit beruhen. Ob es nun wirklich nicht wahr ist?

Aus In- und Ausland.

Berlin. Aus Moskau erfährt man, daß die polnische Regierung mit der Erneuerung des Grafen Brodowski-Kanals zum deutschen Botschafter in Moskau einverstanden ist.

Leipzig. Der Prozeß gegen die Teilnehmer am Rathenau-Mord ist vom Staatsgerichtshof auf den 3. Oktober festgesetzt.

München. Mehrere Nationalsozialisten wurden unter der Beschuldigung des Landfriedensbruchs, begangen durch Beteiligung an nächtlichen Ausschreitungen im Deutschen Theater, festgenommen; die meisten wurden nach Vernehmung wieder freigelassen.

Wien. Der Ministerrat beschloß trotz der inzwischen eingetretenen Verzögerung an der Gründung der neuen Notenbank festzuhalten.

Warschau. Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem Versuch des Staatschefs Pilsudski in Rumänien. Es soll sich um die Beseitigung der ungarisch-rumänischen Widersprüche handeln.

Tokio. Die letzte japanische Abteilung hat die Nordmandschurei geräumt und sich eingeschifft.

Uneinigkeit in der Orientfrage.

Frankreich und Italien gegen England.

Großbritannien, durch die Niederlage der Griechen in Kleinasien schwer betroffen, möchte mit Waffengewalt gegen die siegreichen Türken vorgehen. Aber es findet dabei keine Gegenliebe bei seinen Alliierten. Die französische Presse lehnt die englischen Vorschläge auf militärische Operationen gegen Kemal Pascha, dem Führer der Türken, einstimmig ab und erklärt, Frankreich würde sich auf keinen Fall in einen neuen Krieg einlassen. In gleicher Weise soll Italien entschlossen sein, England die Gefolgschaft in dieser Frage zu verweigern. Aber auch im eigenen Machtbezirk der Briten regt sich Widerspruch. So wollen Australien und Neuseeland wohl Truppen zur Verteidigung der Dardanellen senden, jedoch besteht in Kanada und Südafrika keinerlei Geneigtheit, dem Mutterlande in einen neuen Krieg gegen die Türken zu folgen. Dagegen sollen die Vereinigten Staaten von Amerika, in jedem Versuch Kemal Paschas, nach Europa überzugehen, eine große Gefahr erblicken und ein Eingreifen erwägen.

Russland an der Seite der Türken.

Die Note des russischen Kommissars für auswärtige Angelegenheiten nach London erklärt das Aufsteigen griechischer Kriegsschiffe im Schwarzen Meer für ungerechtfertigt. Solche Vertragsverletzungen könnten niemand überlassen bei der Art und Weise, wie die Westmächte sich andauernd Vertragsverletzungen zuschulden kommen ließen. Die Regelung der Meerengenfrage sei lediglich Sache der Küstenstaaten, als Russlands, der Türkei, der Ukraine, Georgiens, Angoras und Rumaniens, nicht der Außenwelt. Aus London wird gemeldet, die Sowjets hätten eine außerordentliche Konferenz des revolutionären Militärates einberufen. Es werde berichtet, daß die Konferenz beschlossene habe, unverzüglich alle Streitkräfte der kaukasischen Republiken, die russischen im Kaukasus befindlichen Streitkräfte und die Sowjetflotte im Schwarzen Meer zur Aktion vorzubereiten. Ein Korps der Sowjetstreitkräfte sei bereits an der Grenze der asiatischen Türkei aufgestellt worden, bereit, Mustapha Kemal beim Vormarsch auf Konstantinopel zu Hilfe zu kommen.

Havenstein wieder in Berlin.

Befriedigende Resultate.

Die Verhandlungen des Präsidenten der deutschen Reichsbank, Havenstein, mit der Bank von England in London, die am Sonnabend begonnen hatten, wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt. Abends reiste Havenstein nach Berlin ab.

Reichsbankpräsident Havenstein ist Montag aus London zurückgekehrt und hat sofort dem Reichskanzler über den Verlauf seiner Besprechungen Bericht erstattet. Montagabend fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigte. Wie bekannt wird, haben die Besprechungen des Reichsbankpräsidenten einen befriedigenden Verlauf genommen. Nach Abschluss der Beratungen des Reichskabinetts wird sogleich die Verantwortung der belgischen Note erfolgen, wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche.

Die belgische Regierung hat bekanntlich dem deutschen Gesandten in Brüssel erklärt, daß sie damit zufrieden ist, wenn sie eine Antwort der deutschen Regierung nach der Rückkunft des Präsidenten Havenstein nach Berlin erhält.

Die neuen Bahn tarife.

100 Prozent mehr für Personen und Güter.

Der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates stimmte den Tarifierhöhungsvorschlägen der Bahnverwaltung einstimmig zu. Bei den Gütertarifen wurde mit sieben gegen sechs Stimmen ein Antrag angenommen, wonach die Gütertarifierhöhung zum 1. Oktober unter Einrechnung der bereits beschlossenen Erhöhung von 33 1/2 Prozent, insgesamt 100 Prozent der Septembersätze betragen soll. Der Minister stimmte zu, ist aber entschlossen, unter allen Umständen für Deckung der Ausgaben zu sorgen und kann nicht zulassen, daß die Rechnung der Reichsbahn wieder mit einem Fehlbetrag abschließt. Deshalb wird binnen kurzem eine abermalige Erhöhung notwendig sein. Die Personentarife werden zum 1. November abermals um 100 Prozent erhöht.

Der Kampf um den Brotpreis.

Keine Einigung im Ausschuss.

Am 6. September hatte der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschlossen, die Reichsregierung zu eruchen, ungefährdet den im Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vorgesehenen Ausschuss zusammenzurufen, um mit ihm einen neuen Preis für das erste Drittel der Umlage festzusetzen. Der Ausschuss trat in Berlin zusammen, konnte aber zu keinem einheitlichen Beschluß kommen, da sich starke Widerstände gegen eine Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides erhoben. Die Preise für das erste Drittel sind im Gele auf 6900 Mark für die Tonne Roggen und 7400 Mark für die Tonne Weizen bestimmt. Reichswirtschaftsminister Fehr führte aus, die Ablieferung stode, er beabsichtige nach Einwilligung des Ausschusses die erhöhten Beträge zu zahlen und die Zustimmung des Reichstages nachträglich einzuholen. Der Sachliche Wirtschaftsminister protestierte gegen dieses Verfahren, das un-

nergetisch sei, der Ausschuss habe kein Recht, über die Preise des ersten Drittels zu beschließen, da sie gesetzlich festgelegt seien. Die anwesenden volksparteilichen und deutschnationalen Abgeordneten traten für die Erhöhung ein, die Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen und Gewerkschaften schlossen sich dem Protest des Ministers heftig an.

Vor der Abstimmung erklärte Minister Heßlich zugleich im Namen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vertreter, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden, um sich nicht an einer gesetzwidrigen Handlung zu beteiligen. Sie seien auch gezwungen, jede Verantwortung für die Folgen eines beabsichtigten Beschlusses abzulehnen. Die Abstimmung ergab die Annahme eines Antrages Schiele auf Erhöhung mit 11 gegen 3 Stimmen, bei Enthaltung der sozialistischen Mitglieder und des deutschnationalen v. Oppen, dem der Antrag Schiele nicht weit genug ging. Von dem Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden diese Beschlüsse zur Kenntnis genommen und erklärt, daß die erforderlichen Schritte für eine angemessene Erhöhung des Preises für das erste Drittel in die Wege geleitet werden würden.

Überschichtenabkommen in Oberschlesien.

Mehrförderung von 170 000 Tonnen Kohlen.

Eine in Hindenburg tagende Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für ein Überschichtenabkommen in Oberschlesien, wie es in Westfalen besteht, aus. An die Durchführung des Abkommens ist das Zustandekommen des Manteltarifs mit der im Ruhrrevier durchgeführten Regelung geknüpft. Die Gewerkschaften wurden beauftragt, über die Formulierung des Überschichtenabkommens zu verhandeln. Ein Überschichtenabkommen im Umfange des westfälischen würde in Deutsch-Oberschlesien monatlich eine Mehrförderung von 170 000 Tonnen ergeben.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Mugsburg, 18. September.

Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde gestern in der Sängersalle des Stadtparks mit einem Begrüßungsabend eröffnet. Die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten sind vollständig erschienen, dazu viele Gäste aus dem Auslande, so aus Dänemark, Schweden, Belgien, England und der Tschechoslowakei.

In der Begrüßungsansprache gab Reichstagsabgeordneter Simon-Mugsburg einen Überblick über die Entwicklung des Sozialismus in Schwaben, worauf

der Parteivorstand Hermann Müller,

der ehemalige Reichstagsabgeordnete, die Eröffnungsansprache hielt. Er streifte die politischen Vorgänge der letzten Monate und sprach über die Folgen der Ermordung Rathenaus. Wenn Deutschland, so sagte er weiter, infolge der Ententepolitik zusammenbrechen, so werde das nicht so leicht vor sich gehen, wie es in Rußland und Österreich geschah, Europa werde dann vielmehr in die schwersten Erschütterungen gebracht werden.

Der Parteitag wählte sodann zu Vorsitzenden die Abgeordneten Wels-Berlin und Simon-Mugsburg. Nachdem Wels die zum erstenmal nach dem Kriege auf einem deutschen Parteitag erschienenen englischen Gäste begrüßt hatte, folgten Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten. Das Mitglied des englischen Unterhauses Davies fand mit seiner Erklärung gegen die französische Reparationspolitik und mit seiner Versicherung, daß die englische Arbeiterpartei fest entschlossen sei, alles zu tun, damit niemals wieder Krieg werde, stürmischen Beifall. Großen Beifall erweckte auch ein

Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten,

in dem die Einigung der beiden sozialistischen Parteien als eine Lebensfrage der Arbeiter und als ein dringendes, stark politisches Gebot bezeichnet wird.

Die fachlichen Verhandlungen des Parteitages begannen mit der Berichterstattung des Parteivorstandes über die von ihm im letzten Jahre geleistete Arbeit. Reichstagsabgeordneter Adolf Braun nahm in dem Bericht scharf gegen die kommunistische Stellung und besprach ausführlich auch die Not der Presse, indem er dem Wunsch Ausdruck gab, daß bald Maßnahmen ergreifen werden, die diese Not zu lindern imstande wären.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 20. September 1922.

□ **Beschleunigte Auszahlung der Nachzahlungen an Beamte.** Um die Beamten möglichst schnell in den Besitz der ihnen bewilligten erhöhten Bezüge kommen zu lassen, ist angeordnet worden, daß in Zukunft die Auszahlung bei Einigung der Regierung mit den Beamtenverbänden schon so vorbereitet werden soll, daß sie nach Genehmigung durch den Reichsrat sofort ausbezahlt werden kann. Die Aus-

zahlung hat auf sogenannte **Kreiskonten** zu erfolgen, durch die alle Behörden gleichzeitig von den zu erfolgenden Auszahlungen Nachricht erhalten.

□ **Postaufträge und Nachnahmen im Verkehr mit der Tschechoslowakei.** Im Verkehr mit der Tschechoslowakei sind fortan für die Dauer der Einstellung des Postauftrags- und Nachnahmedienstes auch solche Postaufträge und Nachnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen, Wertbriefen und Wertkästchen von der Beförderung ausgeschlossen, bei denen die Überweisung der eingezogenen Beträge auf ein Postkontokonto im Bestimmungsland der Sendungen veranlagt ist.

— * **Landwirtschaftliches Fest.** In der heutigen Nummer bringen wir einen Auszug aus dem Programm des landwirtschaftlichen Festes am 23. und 24. September in Lüdenscheid. Wie uns mitgeteilt wird, stehen für die Aussteller ganz außerordentlich wertvolle Auszeichnungen bereit. Der Herr Oberpräsident hat ein Bild geschenkt. Vom Kreise ist ein wertvoller Preis in Gestalt eines Pferdes aus Bronze überwiesen. Die Stadt Lüdenscheid hat ein Teeservice geschenkt. Von der Gemeinde Meinerzhagen ist ein Spinnrad, von der Gemeinde Balbert ist ein Ritzhaken zur Verfügung gestellt worden. Die Märkische landwirtschaftliche Zentrale überwies einen Kultivator. Von der Gemeinde Herscheid sind zwei für die Bauernstube passende Bilder geschenkt worden. Von der Industrie sind ebenfalls wertvolle Preise überwiesen, u. a. eine große Milchtransportkanne, ein Aluminiumtopf und anders mehr. Aus von den Kreisen der Industriellen und Privaten bereitgestellten Mitteln sind weitere wertvolle Preise — Kaffeefervice, Eßservice und anderes — beschafft worden. Der Kreisverein stellt die aus dem Verlage der Firma B. G. Teubner stammenden wertvollen Künstlerzeichnungen, darunter Medaillen und Diplome bereit. Für die am ersten Festtage stattfindende Leistungsprüfung für Pferde des westfälischen Arbeitschlages und für das Pferderennen am zweiten Tage stehen ebenfalls wertvolle Preise bereit. Das Preisrichterkollegium für die Pferde- und Rindvieh-Ausstellung setzt sich aus Herren zusammen, die außerhalb des Kreises Altens wohnen, um Gewähr für eine rein objektive Beurteilung der ausgestellten Tiere zu geben. Auf der Bahnstrecke Lüdenscheid-Altens wird am ersten Festtage abends 10 1/2 Uhr ein Sonderzug gefahren, der um 11 1/2 Uhr in Altens einläuft und Anschluß zu den planmäßigen Zügen der Staatsbahn in der Richtung nach Hagen und Mettenberg hat. Der Kreisverein bittet, von dieser Fahrgelegenheiten ausgiebigen Gebrauch zu machen. Nach der bisherigen Anmeldungen verspricht die Ausstellung eine gute Beteiligung aus den ländlichen Bezirken des Kreises. Weit aus der größte Teil der ausgestellten landwirtschaftlichen Erzeugnisse soll den Kranken- und Waisenhäusern überwiesen werden. Der Kreisverein empfiehlt deshalb die Ausstellung dem Schutze des Besuchers. Für Belustigung der Jugend und der Erwachsenen ist durch Heranziehung von Buden und allerlei Schaustellungen Sorge getragen. Die städtische Kapelle in Lüdenscheid wird die Musik stellen. Die Eintrittspreise können erst kurz vor dem Feste festgestellt werden. Sie sind aus Tafeln, die an den Eingängen ausgehängt werden, zu ersehen.

— * **Wie aus der heutigen Bekanntmachung der Müllerinnung ersichtlich, sind die Müller des hiesigen Bezirkes dazu übergegangen, Naturalien als Mahl- und Backlohn zu verlangen.** Diese Naturalienlohnung die übrigens vor dem Kriege unter dem Namen „Mulder“ allgemein durchgeführt war, ist in Kriegszeit der damaligen Zwangswirtschaft zum Opfer gefallen. Heute nun, da die Schranken der Zwangswirtschaft zum Teil gefallen sind, liegt es durchaus im Interesse sowohl der Müller wie auch ihren Kunden, zu dem alten Brauche zurückzukehren. Die Entlohnung in Naturalien bringt vor allem den Vorteil mit sich, daß auch bei weiteren Preisänderungen automatisch die Back- und Mahllöhne steigen oder sinken, ohne daß eine Neuregelung nötig ist.

— * **Ein neuer „nicht mehr ungewöhnlicher“ Weg.** Eine Anzahl junger Pariserinnen hat sich zu einem Verband zusammengeschlossen, um das letzte Mittel zu versuchen, das immer schwieriger werdende Eheproblem

zu lösen. Die Anhängerinnen dieser von der Not der Stunde geborenen Vereinigung, die weder Präsidenten noch Statuten hat, tragen unter dem Umschlag der Buse versteckt ein grünes Seidenbändchen. Wenn sie auf der Untergrundbahn, im Restaurant oder auf der Straße einem Jungen begegnen, der sich für sie zu interessieren scheint, so schlagen sie, wenn ihnen der Jüngling gefällt, den Umschlag zurück und zeigen ihm das Seidenbändchen in der Farbe der Hoffnung. Es vertritt die Stelle einer Anzeige, die besagt: „Ich suche eine Annäherung, aber wohlverstanden eine eheliche. Ich bin frei! Sind Sie es auch?“ Die Pariser Blätter versichern, das neue sich sehr ausbreitende Verfahren, das Schüchternen die Annäherung erleichtert, habe schon recht gute Ergebnisse gezeigt. Die jungen Mädchen hoffen, daß auch die jungen Männer diesem Beispiel folgen und ihnen durch ein ähnliches äußeres Zeichen zu erkennen geben werden, wenn sie redliche Absichten haben.

— * **Salver, 19. Sept.** Die auf verfloffenen Samstag nachmittag 4 1/2 Uhr angelegte Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins konnte erst um 6 Uhr beginnen. Der Vorsitzende, Wilh. Bremder, Schönenberge, wies darauf hin, daß der landwirtschaftliche Kreisverein es übernommen habe, die Bevölkerung mit den zur Einkellerung notwendigen Kartoffeln zu beliefern, und daß zu diesem Zwecke die Verbraucher ihren Bedarf bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft anmelden sollten, ebenso die Erzeuger die Mengen, die sie anliefern könnten. Hiervon sei bis jetzt wenig Gebrauch gemacht worden, sodaß man annehmen müsse, daß diese Maßnahme nicht genügend bekannt sei. Zur näheren Beleuchtung der Angelegenheit erteilte er alsdann das Wort dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Kreisvereins und dem Geschäftsführer der märkischen landwirtschaftlichen Zentrale in Hagen, Gustav Adolf Enneper zu Engstfeld. Derselbe führte aus, daß es das ernstliche Bestreben sei, die Verbraucher mit den Wintervorräten an Kartoffeln zu versorgen und zwar zu einem tunlichst tragbaren Preise. Deshalb fordere er alle Berufsangehörigen auf, den Ausschluß darin zu unterstützen. Es ständen der Zentrale hinreichend auswärtige Kartoffeln zur Verfügung, die sie anfordern könne, wenn die einheimische Belieferung versagen sollte. Dann sei man abhängig von den Preisen, die man uns im Osten Deutschlands sehe. Er warf alsdann einen Rückblick auf die vorjährige Gestaltung und Entwicklung der Angelegenheit, die hin und wieder unerfreuliche Erscheinungen gezeigt habe. Ein bestimmter Preis lasse sich zwar noch nicht feststellen, zu berücksichtigen bleibe, daß die Landwirtschaft produktionsfähig bleibe, denn von der Erhöhung der Produktion hänge das Wohl des Vaterlandes ab. Er sei überzeugt, daß die deutsche Landwirtschaft das hervorbringen könne, was zur Ernährung des deutschen Volkes erforderlich sei. Dazu sei aber erforderlich, daß sie in die Lage versetzt würde, Kunstdünger in reichlicherem Maße zu verwenden als jetzt und das geeignetste Saatgut einzukaufen. Die Preise derselben erhöhten sich in der letzten Zeit sprunghaft. Werde dem Landwirt die Möglichkeit genommen, diese zu beschaffen, so bedeute das den Ruin desselben und damit auch den des deutschen Volkes. Gewiß würde die Beschaffung der Wintervorräte für viele Familien schwierig werden und ganz besonders für Stände, die man früher für wohlhabend gehalten habe. Der Vorsitzende unterstrich die Ausführungen auch seinerseits.

Haspe, 16. Sept. Der Arbeiter Fr. L. hatte vom hiesigen Kirchhofe 8 eiserne Tore gestohlen, die er an einen Althändler veräußerte. Diesem kamen Bedenken, weshalb er Anzeige erstattete. Mit Rücksicht darauf, daß die gestohlenen Tore zurückgegeben worden sind und daß L. noch unbestraft war, erkannte das hiesige Schöffengericht auf eine Geldstrafe von 4000 Mark.

Garenfeld, 16. Sept. Ein Kahn gestohlen. In einer der letzten Nächte wurde dem Wirt Alexander Morschauser an der hiesigen Ruhrbrücke ein Kahn gestohlen. Derselbe war mittels eines Vorhangschlosses an einen der Brückenpfosten angekettert.

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

17

(Nachdruck verboten)

Elisabeth war froh, als sie den Onkel um die Ecke liegen und auf das Haus zukommen sah. Tief aufatmend sah sie endlich an seiner Seite im Wagen. Sie hatte den Hut abgenommen und badete die heiße Stirn in einem köstlich abgekühlten Abendlächeln, das leise vorüberstrich.

„Siehst du dort den schwarzen Streich über dem Walde?“ fragte er dann nach längerem Schweigen, indem er mit der Peitsche nach den immer näherrückenden Bergen zeigte.

„Jawohl, das ist die Fahnenstange auf Schloß Gnaded.“ Ich habe sie schon vorhin entdeckt und bin in diesem Augenblick unfähig froh in dem Gedanken, daß dort ein Stückchen Erde ist, auf welchem wir heimisch sind, eine Stätte, von der niemand in der Welt das Recht hat, uns zu vertreiben. Gott sei Dank, wir haben eine Heimat!“

„Und was für eine!“ sagte der Oberförster, während sein leuchtender Blick über die Gegend flog. „Als ich noch ein kleiner Junge war, da lebte schon die Sehnsucht nach den Thüringer Wäldern in mir, und daran war der Großvater schuld mit seinen Erzählungen. Er hatte seine Jugendzeit in Thüringen verbracht und schüttelte Sagen und Märchen seiner Heimat förmlich aus dem Ärmel. Nachdem ich dann meine Sache gelernt hatte, wanderte ich hierher. Damals gehörte noch der ganze Forst, den wir hier vor uns sehen, den Gnadewäldern; aber denen mochte ich nicht dienstbar sein, ich kannte diese Menschenkinder genug von meinem Vater her. Ich war der erste Förster seit undenklichen Zeiten, der darauf verzichtete, in ihren Diensten zu stehen, und ließ mich beim Fürsten von L. anstellen. Der Universalerbe des letzten Gnadewälders hat die großen Waldungen geteilt, weil der Fürst von L. seinen Waldbesitz zu vergrößern wünschte und sich diese Liebhaberei ein tüchtiges Stück Geld kosten ließ. So kam es, daß ein lebhafter Wunsch meiner Jugend erfüllt wurde, denn ich wohne jetzt in dem Hause, das eigentlich die Wiege der Förster ist. . . Du weißt doch, daß wir aus Thüringen stammen?“

„Jawohl, schon seit meiner Kinderzeit?“

„Weißt du auch, was es für eine Bewandnis mit unserer Herkunft hat?“

„Nein.“

„Nun, es ist freilich schon ein wenig lange her, und ich bin vielleicht noch der einzige, der die Geschichte kennt; aber ganz verlieren soll sie sich doch nicht, das Andenken ist ja der einzige Dank, den wir Nachkommen für eine brave Tat haben können; drum sollst du die Geschichte jetzt hören, und später einmal erzählst du sie weiter. . . Vor etwa zweihundert Jahren — du siehst, wir können unseren Stammbaum auch ein gutes Stück zurückleiten, nur schade, daß wir nicht zu sagen wissen, wer unsere Ahnenmutter war; solltest du indes einmal gefragt werden, vielleicht von der Frau Baronin Reffen und dergleichen, so kannst du getrost sagen, daß wir vermuten, es sei — wenn auch nicht gerade die Gattin von Blasewitz, denn die Geschichte spielt im Dreißigjährigen Krieg — so doch eine Marktelenderin gewesen. . . Vielleicht war es auch eine rechtschaffene, brave Frau, die bei ihrem Manne in allen Bedrängnissen des Krieges treu ausgehalten hat; aber verzeihen kann ich's ihr doch nicht, daß sie ihr Kind verlassen konnte. . . Nun also, vor etwa zweihundert Jahren sieht die Frau des Jägers Förster, als sie in der Morgenfrühe die Haustür aufmachte — dieselbe, die jetzt auch mein Hof und Gut verschließt — ein Kindlein auf der Schwelle liegen. Heiß, die hat die Tür wider zugeschlagen, denn damals hat sich viel Zigeunergesindel in den Wäldern umhergetrieben, und sie hat gemeint, es sei solch ein unreines Wesen. Ihr Mann aber war christlicher, er hat das Kind herbeigeholt, es war kaum einen Tag alt. Auf seiner Brust hat ein Zettel gelegen, der hat gesagt, man möge sich des kleinen Knaben annehmen, er sei ehelich geboren und habe in der heiligen Taufe den Namen Hans erhalten, man werde später Näheres über das Kind erfahren. In dem Wäldchen hat auch ein Beuteldchen mit etwas Geld gesteckt. Die Jägersfrau ist sonst ein gutes Weib gewesen, und als sie gehört hat, daß der Knabe von christlichen Eltern und wahrscheinlich ein ehelich Soldatenkind sei, das wohl die Eltern ausgehört hatten, um es nicht in die Gefahren des Krieges zu bringen, da hat sie ihn an ihr Herz genommen und mit ihrem kleinen Mädchen aufgezogen, als ob sie Geschwister seien. Und das war sein Glück, denn es hat sich keine Menschenseele von seinen Verwandten wieder um ihn gekümmert. Später hat ihn sein Pflegerater adoptiert, und um sein Glück vollkommen zu haben, hat er auch sein schönes Mädchenweibchen heimführen dürfen. Er sowohl wie auch sein Sohn und ein Enkel haben als Jäger berer von Gnaded in meiner jetzigen Wohnung gelebt und

sind auch darin gestorben. Erst mein Großvater ist auf die Besichtigung nach Schlesien versetzt worden. . . Als Knabe ärgerte ich mich immer unbeschreiblich, daß nicht nach so und so viel Jahren eine gräßliche Mutter aufgetaucht war, die in dem Findlinge ihr durch Bosheit geraubtes Kind erkannt und ihn triumphierend in ihr Schloß zurückgeführt hatte. Diese fehlende romantische Wendung im Geschehnisse unseres Ahnherren habe ich freilich später um so lieber verschmerzt, als mir der Gedanke kam, daß mein Erscheinen auf dieser schönen Welt dann doch vielleicht ein sehr zweifelhaftes gewesen sei; auch gefiel mir mein waderer Name zu gut, als daß ich einen anderen hätte führen mögen. . . Aber wunderbar war mir doch zumute, als ich zum erstenmale die Schwelle überschritt, auf welcher der kleine Ausgesetzte wohl den hilflosesten Augenblick seines Lebens verbringen mußte; seine natürlichen Verfolger hatten ihn verlassen, und das Mitleid hatte ihre Stelle noch nicht eingenommen. . . Der tief ausgetretene Stein ist ohne Zweifel noch derselbe, auf dem das Kind gelegen hat, und solange ich lebe oder in dem Hause etwas zu sagen habe, soll er nicht von seiner Stelle gerückt werden.“

Plötzlich beugte sich der Oberförster vor und deutete durch die Zweige, denn man fuhr bereits im Walde.

„Siehst du dort den weißen Punkt?“ fragte er.

Der weiße Punkt war die Haube Sabines, welche vor der Tür saß und nach den Rückkehrenden ausschaute. Als sie des Wagens ansichtig wurde, stand sie eiligst auf und half Elisabeth beim Aussteigen.

Noch eine Zeilang saß heute abend Elisabeth mit dem Onkel zusammen. In dem Oberförster waren eine Menge Erinnerungen wach geworden. Mit dem Erzählen der zweihundertjährigen Familiengeschichte waren auch viele Entschlüsse, Pläne und Empfindungen seiner Jugendzeit aufgeleuchtet, die er jetzt mitleidig lächelnd an sich vorbeigehen ließ; sie waren samt und sonders vor dem Leben zerstoßen, wie Spreu im Winde. Er erzählte behaglich, wie einer, der auf sicherem Lande steht und nur von fern noch das Rauschen der Brandung hört, die ihm nichts mehr anhaben kann. Manchmal fiel auch ein Witzwort oder eine Anekdote dazwischen, die von Elisabeth oder Sabine, wenn es gerade galt, gehörig pariert und zurückgegeben wurden.

Jetzt erhob sie sich. „Schönen Dank für die Spazierfahrt! Gute Nacht, Onkel! Gute Nacht, Sabine!“

(Fortsetzung folgt)

Nah und Fern.

○ **Jahrhundertausstellung „Industrie und Wissenschaft“.** In Leipzig wurde auf dem Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal die Jahrhundertausstellung „Industrie und Wissenschaft“ eröffnet. Die Ausstellung, die aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte veranstaltet worden ist, führt den ganzen modernen Fortschritt, Unterricht und Betriebsbedarf der Naturwissenschaft und der Medizin vor Augen. Im deutschen Kunstgewerbehaus in Leipzig wurde zu gleicher Zeit die von der Leipziger Volksakademie und dem Deutschen Buchgewerbeverein veranstaltete „Deutsche Bücherchau“ eröffnet.

○ **Bayern gegen den Fremdenzuzug.** Angesichts der wachsenden Lernernte und des fortschreitenden Ausverkaufs des Landes durch valutarstarke Ausländer hat die bayerische Regierung beschlossen, die Verordnungen über den Aufenthalt in Bayern in schärferer Form anzuwenden. In Zukunft dürfen Einreise- und Aufenthaltserlaubnisse nur dann erteilt werden, wenn ein triftiger Grund vorliegt, nicht aber für Vergnügungsreisen. Ausländer, die Gegenstände des täglichen Bedarfs im Übermaß aufkaufen, sind unter Widerruf der Aufenthaltserlaubnis sofort aus Bayern auszuweisen.

○ **Oktoberspekt mit Schaubudenstreik.** Wegen der vom Münchener Stadtrat beschlossenen Einführung der Vergütungsartensteuer an Stelle der bisherigen Pauschalabgabe sind die Schaubuden auf dem Münchener Oktoberspekt in den Ausstand getreten. Sämtliche großen Schaubuden sind geschlossen. Die kleineren Unternehmer, die von der Kartenssteuer nicht betroffen sind, haben sich dem Proteststreik angeschlossen. Die Besitzer der großen Bierhallen haben vorübergehend die Musik eingestellt.

○ **Amerikanische Unterstützung deutscher Studenten.** Dem Deutschen Roten Kreuz ist die Verwaltung einer amerikanischen Spende von 1 Million Mark übertragen worden, zu der vor allem James H. Cox, Felix Arnold von der „New Yorker Staatszeitung“ und Dr. Hugo Lieber beigetragen haben. Das Geld soll besonders zur Unterstützung deutscher Studenten verwendet werden.

○ **Für eine Million Opium gestohlen.** Im Hamburger Freihafen wurde von einem Speicherboden für eine Million Mark Opium gestohlen. Es handelt sich um 200 Kilogramm Opium, die der Orientbank gehören.

○ **Die Hohlkönigsburg als französisches Nationaldenkmal.** Aus Straßburg i. E. wird berichtet, daß die Hohlkönigsburg bei dem Besuche Millierands und Poincarés im Elsaß mit großer Feierlichkeit als Wahrzeichen der Befreiung Elsaß-Lothringens aus der deutschen Herrschaft zum französischen Nationaldenkmal erklärt werden soll. Voraussichtlich wird die Feier in der ersten Hälfte des Oktobers stattfinden.

○ **1700 Kronen für eine Straßenbahnfahrt.** Auf der Wiener Straßenbahn soll in diesen Tagen der Preis für eine Straßenbahnfahrt von 1000 auf 1700 Kronen erhöht werden. Gleichzeitig erfolgt eine neuerliche Erhöhung der erst vor einigen Wochen auf das vierfache erhöhten Eisenbahntarife in Österreich um 200 Prozent.

○ **Dreihundert Fischer ertrunken.** Ein Telegramm aus Tokio meldet, daß in Höhe der Kurilen-Inseln im Stillen Ozean 300 japanische Fischer umgekommen sind. Sie fielen demselben Sturm zum Opfer, durch den der japanische Kreuzer „Mitsuta“ vernichtet wurde.

Eine Entschließung des Spartakentages.

Goslar, 18. Sept. In der heutigen Sitzung des Spartakentages in Goslar wurde folgende Entschließung angenommen: Der allgemeine deutsche Spartakentag fordert insbesondere:

1. Zulassung der Spartakassen zum Beitreiben aller Arten von zulässigen Geldverkehr- und Kreditgeschäften, soweit Einrichtung und Personal der einzelnen Spartakassen hinreichende Gewähr für die Sicherheit der abzuschließenden Geschäfte bieten, wobei zur Beurteilung der Frage, ob die erforderliche Sicherheit bei den einzelnen Spartakassen tatsächlich gewährleistet ist, in erster Linie die zuständigen Spartakassenverbände heranzuziehen sind.

2. Beseitigung aller die Spartakassen gegenüber anderen Geldinstituten benachteiligenden Bestimmungen in der Reichssteuer- und Kapitalfluchtgesetzgebung.

3. Beseitigung der im privaten Steuerrechtsgesetz unbegründeten Unterscheidung zwischen solchen Geldgeschäften, die zum eigentlichen Spartakassenverkehr gehören.

4. Aufhebung der Pflicht, einen bestimmten Teil der Bestände in Reichs- oder Staatspapieren anzulegen.

5. Verringerung der Verluste, welche die Spartakassen infolge der Zeichnung von Kreditsanleihen erlitten haben durch Umtausch der letzteren gegen tilgbare leicht verwertbare Schuldverschreibungen des Reiches ohne Mindernde des Zinseszinses.

Als letzter Redner sprach Regierungsrat Ott über Kapitalbildung und Spartakassen in enger Beziehung zur Steuerrechtsgesetzgebung. Er kennzeichnete den Charakter der gegenwärtigen Besteuerung und trat dann weiter für die Wiedereinführung des Bantgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges ein. Als praktische Maßnahme zur Förderung der Spartakassen empfahl er u. a. Kapitalbildung zu Siedlungszwecken durch Steuerbefreiung zu fördern.

Hat Wilhelm II. sich verlobt?

Widerspruch und Bestätigung.

s. Berlin, 18. September.

Als vor kurzem amerikanische Blätter die ihnen aus Berlin übermittelte Nachricht verbreiteten, daß der frühere Kaiser sich in Doorn mit der Prinzessin Hermine von Sachsen-Carolath, einer Tochter des verstorbenen Fürsten von Rußland, verlobt habe oder zu verloben gedenke, erklärte eine „zuverlässige“ Berliner Stelle, daß diese Verlobungsgerüchte nicht ganz von der Hand zu weisen seien. Bald darauf aber meldete sich andere „zuverlässige Stellen“, um die Richtigkeit der Nachricht auf das entschiedenste zu bestritten und alle auf eine Wiederbeirathung Wilhelms II. bezüglichen Gerüchte in das Reich der Fabel zu verweisen. Dieser Abkennung zum Trotz hält jedoch der Berliner Berichterstatter der in Frage kommenden amerikanischen Zeitungen seine Meldung voll und ganz aufrecht, indem er über das, was bisher in dieser Sache geschehen sei, nähere Angaben macht.

Es sei richtig, daß von Seiten einiger Mitglieder des Hohenzollernhauses und gewissen legitimistischen Kreisen gegen die Heiratspläne des ehemaligen Kaisers Ein-

spruch erhoben werde, aber es befänden sich andererseits unter den Verwandten und Beratern Wilhelms II. auch Personen, die jene Pläne durchaus billigten, da man nicht verlangen könne, daß der Kaiser Zeit seines Lebens noch langen Lebens einjam bleibe; und da Wilhelm II. sich der Prinzessin gegenüber bereits gebunden habe, dürften die Proteste jener Andersmeinenden, worunter wohl vornehmlich des Kaisers Kinder zu verstehen sind, erfolglos bleiben. Diese Darstellung des amerikanischen Journalisten glaubt ein hiesiges Mittagsblatt vollständig bestätigt zu können, indem es hinzusetzt, daß die Veröffentlichung der Verlobung in einigen Wochen erfolgen werde.

Die Auserkorene des früheren Kaisers wird von denen, welche sie näher kennen, als eine sehr sympathische Dame geschildert. Sie ist kaum 35 Jahre alt und Mutter von vier Kindern. Ihrem ersten Manne, der im vorigen Jahre an Schwindsucht starb (die zuerst verbreitete Nachricht, daß er im Weltkrieg gefallen sei, ist nicht richtig), war sie eine aufopferungsvolle, treue Pflegerin. Wilhelm II. kennt sie bereits seit längerer Zeit und lernte sie besonders schätzen, als sie im Laufe des vergangenen Sommers mehrere Wochen auf Haus Doorn als Gast weilte.

Die erhöhten Postgebühren.

Ab 1. Oktober.

Die vor einigen Tagen endgültig festgestellten und von den zuständigen Stellen genehmigten erhöhten Gebühren für den Postverkehr treten am 1. Oktober d. J. in Kraft. Sie bringen durchweg eine Verdoppelung der jetzt geltenden Gebühren und berechnen sich in ihren wesentlichen Punkten wie folgt:

Postkarten im Ortsverkehr	1,50 M.	Die Einschreibgebühr ist auf 4 Mark festgelegt. Für die Einschreibung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung: nach dem Ortsbestellbezirk 6 Mark, nach dem Landbestellbezirk 18 Mark; für ein Paket 12 M. und 24 Mark.
Postkarten im Fernverkehr	3,—	
Briefe im Ortsverkehr	2,—	
über 20 bis 100 Gr.	4,—	
über 100 bis 250 Gr.	10,—	
(Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Höchstbetrags, mindestens aber 50 Pfg. nachgehoben.)		
Druckachen bis 20 Gr.	1,—	
über 20 bis 50	1,50	
50 100	3,—	
100 250	6,—	
250 500	8,—	
500 Gr. bis 1 Kilogramm	10,—	

Anfragsarten, auf deren Vorderseite Grüsse oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind 1,— |

Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm 6,— |

über 250 bis 500 Gr. 8,— |

500 Gr. bis 1 Kg. 10,— |

Warenproben bis 250 Gramm 6,— |

über 250 bis 500 Gr. 8,— |

(Nicht freigemachte Druckachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Höchstbetrags, mindestens aber 50 Pfg. nachgehoben.) |

Päckchen bis 1 Kilogr. 12,— |

Pakete zone zone 30 80 M. |

bis 5 Kilo 40 120 |

über 5 bis 7½ Kilo 60 160 |

7½ 10 100 280 |

10 15 140 360 |

15 20 140 360 |

Postanweisungen bis 100 Mark 6,— |

über 100 bis 500 M. 10,— |

500 1000 12,— |

1000 2000 16,— |

2000 5000 20,— |

(Reisebetrag ist von 2000 auf 5000 Mark erhöht.) |

Die Erhöhung der Fernspreckgebühren soll gegen den Friedenspreis etwa 600 Prozent betragen, d. h. gegen die augenblicklichen Gebühren eine Steigerung von 250 Prozent. |

Ein neues Steuerungs-signal.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In aller Stille ist hier am Sonntag ein Tarifkampf zu Ende geführt worden, dem auch ein allgemeines Interesse innewohnt. Es ist dies der Kampf um neue Lohn- und Gehaltssteigerungen im Buchdruckgewerbe. Und da die Erfahrung lehrt, daß die Gehaltssteigerung dieses Gewerbes gleichsam den Stützpunkt aller anderen Arbeitnehmerkategorien bildet, so ist an dem Ausgang dieses Kampfes auch die Allgemeinheit interessiert.

Im Hinblick auf die Entwertung unserer Mark und dem damit verbundenen Lebensunterhalt wurde von Seiten der Gehaltssteigerung eine wöchentliche Lohnzulage von 1600 Mark gefordert, das würde ungefähr eine Verdoppelung der bisherigen Löhne bedeuten haben. Die Arbeitgeber erklärten, eine derartige Belastung nicht tragen zu können, und nachdem die Verhandlungen wiederholt abgebrochen werden mußten, einige man sich dahin, daß mit sofortiger Wirkung den Gehilfen gewährt werde: Für die letzten zwei Septemberwochen eine Zulage von je 800 Mark und für die erste Oktoberwoche beträgt die Zulage 1200 Mark. Am 4. Oktober beginnen neue Verhandlungen, in denen man über neue Lohnsteigerungen zu beraten und beschließen haben wird.

Dieses neue Tarifabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Buchdruckgewerbe ist, wie die Erfahrung lehrt, das Signal für Erhöhung der Einkünfte der Angestellten aller Kategorien. Wie die Erfahrung weiter lehrt, werden sich die Preise aller Dinge, die zur Lebenshaltung gehören, den erhöhten Einkünften der Arbeiter und Angestellten anpassen, d. h., diese Preise werden eine weitere Steigerung erfahren. Alsdann wird die Kaufkraft, die wir seit Jahren kennen, fortgesetzt werden: Steigerung der Lebensmittelpreise = Forderung erhöhter Löhne; Erzielung erhöhter Löhne = Steigerung der Lebensmittelpreise usw., usw., bis ... ja, bis wohin?

Infolge der Mehrbewilligung, die durch das neue Tarifabkommen dem deutschen Buchdruck- und Zeitungs-gewerbe ausgedrückt wird, werden selbstverständlich die Produkte dieses Gewerbes, die Drucksachen und Zeitungen, im Preise steigen müssen. Namentlich bei den Zeitungen wird eine beträchtliche Erhöhung Platz greifen müssen; denn die Zeitungsverleger haben nicht allein die erhöhten

Gehaltssteigerungen zu zahlen, sondern sich mit einem Papierpreis abzufinden, der schon für den Monat September das 350fache des Friedenspreises beträgt und für den Monat Oktober eine weitere Steigerung in Aussicht stellt. Wir geben hier nur trockene Daten, damit der Leser sieht, daß der Zeitungsverleger wie kein anderer Beruf im Deutschen Reich mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die ihm das Leben erschweren, ja fast unmöglich machen ...

Infolge der neuen Lohnsteigerungen im Buchdruckgewerbe in Verbindung mit den enorm gestiegenen Preisen der Materialien und Betriebskosten erhöhen sich die großstädtischen Druckpreise um 60 Prozent. Das Berliner Tageblatt hat seinen Anzeigenpreis von 75 Mark auf 110 Mark je Kleinzeile, die ein Drittel unserer Textzeile umfaßt, erhöht.

Kleine Nachrichten.

Vertreter Angoras in Berlin?

Berlin. Wie ein englisches Blatt meldet, befinden sich zur Zeit in Berlin inognito Abgesandte Kemal Paschas. Sie haben der Berliner Sowjetvertretung erklärt, daß die Türkei zu keiner Friedenskonferenz gehen werde, die nicht auch Rußland als gleichberechtigte mitverhandelnde Macht zulasse.

Neue Lohnforderungen der Kohlenarbeiter.

Berlin. Im deutschen Kohlenbergbau bereitet sich gegenwärtig eine neue Lohnbewegung vor, die von den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren ausgeht und jetzt auch von den Revieren im rheinisch-westfälischen Revier ausgetriggt worden ist. Der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sollen in den nächsten Tagen bereits entsprechende Anträge unterbreitet werden. Aber die Höhe der Forderungen der Kohlenarbeiter verläutet zurzeit noch nichts.

Einfuhr-Freigabe von 200 000 Tonnen Chilesalpeter.

Berlin. Auf Grund von Besprechungen mit den beteiligten Stellen ist die Einfuhr von 200 000 Tonnen Chilesalpeter bis zum 31. Mai 1923 freigegeben worden. Einfuhrberechtigt ist der Verein der Salpeterimporteure in Hamburg. Dieser hat von den einzuführenden Mengen je 50 Prozent der deutschen Landwirtschaft, vertreten durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin und 50 Prozent dem deutschen Düngemittelhandel zu liefern.

Wiederbeschaffungspreis strafbar.

München. Die bayerische Staatsregierung hat in einer Bekanntmachung über die Handhabung der Preisstrebereiverordnung die Forderung des Wiederbeschaffungspreises als strafbar erklärt. Lediglich eine angemessene Berücksichtigung der Selbstwertung wird zugelassen.

Sauseinsturz in Hamburg.

Hamburg. Hier stürzte der hintere Teil des Eisenbetonbaues des Kaufhauses Karstadt ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich.

Vier Bergleute verschüttet.

Siegen. Auf der Grube „Konfordia“ bei Dornbach ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Fünf zusammengepöckelte Wagen kamen ins Rollen und stürzten auf zwei Förderkörbe, die durch die Gewalt des Anpralls abgerissen wurden und bis auf die Sohle stürzten. Vier Bergleute wurden unter den Trümmern begraben.

80 000 Mark Verbandsgelder gestohlen.

Braunschweig. Aus dem Bureau des Fabrikarbeiterverbandes wurden hier 80 000 Mark gestohlen. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Gewerkschaftsangehörte Rohne verhaftet, der in der Zeit nach der Revolution Kommandant der Roten Volkswache war.

Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien.

Wien. Meldungen aus Sofia bestätigen, daß der frühere Präsident des türkischen Parlaments, Ahmed Riza Bey, dort angekommen ist, um Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien einzuleiten. Diese Tatsache hat in Belgien und Athen eine nicht geringe Beunruhigung hervorgerufen. Die Regierungen Griechenlands, Rumaniens und Jugoslawiens haben bei der bulgarischen Regierung sofort einen gemeinsamen Schritt unternommen und erklärt, daß sie in der Haltung Bulgariens eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts auf dem Balkan erblicken.

Der drohende Orientkrieg.

DA Paris. König Alexander von Serbien, der gegenwärtig in Paris weilte, führte in einer Unterredung, die er mit Poincaré hatte, aus, er würde einen Vormarsch der Serben auf europäischem Boden als eine Gefahr für Serbien betrachten. Unmittelbar nach Poincaré erschien der Vertreter der türkischen Regierung in Paris, Ahmed Ferid Bey, bei dem König, um ihm die Haltung der kemalistischen Regierung darzulegen und erklärte feierlich, daß eine Rückkehr der Türken nach Syrien keinerlei Bedrohung der Ententestaaten bedeuten würde.

Französische Industriekreise gegen den Stinnesvertrag.

AD Paris. In gewissen französischen Industriekreisen macht sich neuerdings eine Mißstimmung gegen den Stinnes-Lubet-Vertrag geltend. So beginnt das „Comité des Forges“ jetzt einen lebhaften Pressedruck gegen den Vertrag. Es hat den Anschein, als ob die dem „Comité des Forges“ angeschlossenen Industrien ihre Interessen durch das auf der Heimburg geschlossene Abkommen schwer bedroht glauben.

Schließung der Ford-Automobilwerke.

New York. Genrt Ford hat Maßnahmen zur Schließung der Automobilfabrik in Detroit. Ford erklärte, es bestiehe kein Mangel an Rohstoffen, aber die Händler verlangten Wucherpreise. Die Zahl der dadurch brotlos werdenden Arbeiter wird auf 100 000 geschätzt.

Turnen, Spiel und Sport.

Kierspe, 19. Sept. 22.

Auf dem vorgestern stattgefundenen 1. Gaujugendwettturnfest des Lenne-Volme-Gaues in Herscheid errangen vom Turnverein Kierspe 1879 folgende Jugendliche einen Preis: 1. Jahrgang 04-05: Friedr. Körby, den 6. Preis mit 120 Punkten, ferner Erich Dunkel, Hugo Wülfrath, Willy Schumacher, Fritz Gräfe. — 2. Jahrgang 06-07: Gustav Busch, Hermann Köpel, Arthur Körby, Werner Benninghaus, Paul Bollmann und Paul Rüd.

Rölnen Frühdevisen. Der Dollar — 1400.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Oktober 85,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen



**SPORTHAUS
STADION**
Inh.: Willy Kottsieper, Hagen.
Körnerstraße 24
gegenüber der Stadt Sparkasse
Erstes Spezialgeschäft am
Platze.

Wir zeigen in unseren Schaufenstern
eine Fülle neuer Modeschöpfungen
für den
Herbst und Winter.

Versäumen Sie nicht, diese interessante Ausstellung sowie unsere reiche
Auswahl in Neuheiten zu besichtigen.

Gebrüder Alsberg, Lüdenscheid

Bekanntmachung
der Zwangsinnung für das Müllerhand-
werk der Kreise Altena-Lüdenscheid.

Vom 20. September 1922 ab treten folgende Preise
in Kraft:

- | | |
|----------------------------------|-----------------------|
| 1. Mahlohn. | |
| 1. Fruchtschrot | 8% der fertigen Ware, |
| 2. Für Frucht weichmahlen | 10% " " " |
| 2. Backlohn. | |
| 1. Für ein 6pfündiges Brot | 6 Pfund Roggen |
| 2. Für ein 6pfündiges Kriegsbrot | 8 Pfund Roggen |
| 3. Für einen 3pfündigen Semmel | 4 Pfund Roggen |

Lüdenscheid, den 19. September 1922.

Der Vorstand

Öffentliche Mahnung.

Die Steuerpflichtigen der Gemeinde Rönsahl werden
hierdurch aufgefordert, die rückständigen Reichs-, Staats-,
Gemeinde- und sonstigen Abgaben bis zum 28. d. Mts.
zu entrichten. Nach diesem Zeitpunkte tritt Zwangs-
betreibung der Rückstände ein.

Rönsahl, den 19. September 1922.

Gemeindekass.: Vormann.

Zur bevorstehenden Nachrechnung
werden Reparaturen und Umbauten an

Waagen

fachgemäß ausgeführt. Fabrikation von Waagen jeder
Art und Größe. Festfundamentierte und nicht transportable
Waagen können an Ort und Stelle in Stand gesetzt werden.
Eigene Normal-Gewichte stets verfügbar.

Wilh. Enneper, Anschlag Bez. Dortmund,
Waagen-Fabrik :: Reparatur-Werkstatt.
Fernsprecher Nr. 259, Amt Halver.

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktenmappen
Briefstaschen
Geldscheintaschen
Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.

Ausstellung

des landwirtschaftl. Kreisvereins Altena i. W.
am 23. und 24. September 1922
an der „Hohen Steinert“ bei Lüdenscheid.

Die Eröffnung der Ausstellung

findet am Samstag, 23. September 1922, vorm. 10 Uhr
durch den Ehrenvorsitzenden des Vereins statt.

Um 12 Uhr beginnt die Vorführung der prämierten
Tiere.

Nachmittags 1½ Uhr findet gemeinsames Mittagessen statt.
Während desselben Bekanntmachung der Prämierungen.
Nachmittags von 3 Uhr ab Konzert.

Abends 8 Uhr: Geschlossener Festball für die Vereins-
mitglieder und deren Angehörige und die Ehrengäste.

Anmeldungen für die um 10 Uhr beginnende Leistungs-
prüfung für Arbeitspferde sind bald an den Vor-
sitzenden des Ortsvereins Lüdenscheid, Herrn Rent-
meister Uhle in Deventhal bei Lüdenscheid zu richten.
Der Einsatz beträgt Mk. 20.—.

Am zweiten Festtage von 11½ Uhr an Frischschoppen mit
Konzert.

Nachmittags von 3 Uhr ab ist auf beiden Feststellen
Konzert. Volksbelustigungen.

Gegen 4½ Uhr wird ein Bauernpferderennen ver-
anstaltet.

Anmeldungen hierzu nimmt der Vorsitzende des Ortsvereins
Lüdenscheid entgegen. Der Einsatz beträgt Mk. 20.—.

Abends 8 Uhr beginnt an beiden Feststellen der Festball.
Die Eintrittspreise sind aus den an den Eingängen
ausgehängten Tafeln zu ersehen.

Am ersten Festtage läuft abends 10½ Uhr ein Sonder-
zug der Kreis-Altenaer-Schmalspurbahn von Lüdenscheid
nach Altena mit Anschluß Richtung Hagen und Plettenberg.

Für die Ausstellung stehen neben Geldpreisen, Me-
dallen und Diplomen zahlreiche Ehrenpreise, darunter ein
solcher des Herrn Oberpräsidenten, des Kreises, der Landes-
kulturgesellschaft, fast aller Gemeinden des Kreises und
zahlreicher Industrieller und Privater zur Verfügung.

Näheres ist aus den ausgehängten Plakaten ersichtlich.

Engstfeld, den 14. September 1922.

Der Vorstand des
landwirtschaftlichen Kreisvereins Altena i. W.
Der Festausschuß.



**Landwehr-Verein
Schalksmühle.**

General-Versammlung

am 23. September 1922, abends 8 Uhr im Saale
von Wilhelm Kriegerstraße.

Ehrung der seit 50 Jahren dem Krieger-
verbände angehörenden Mitglieder, Ver-
teilung der Kriegsdenkmünzen.

Erscheinen jedes einzelnen Mitgliedes ist Ehrenpflicht.

Der Vorstand.

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weitester
Kreise kommen sollen,
finden durch
den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.

**1 Schuppen-
schmied**

und

1 Mann

für Platz u. Pressenarbeit
gesucht.

August Berghaus,
Eisenwarenfabrik,
Oberbrügge i. Westf.

Für sofort 2 gelernte

Dreher

auf Fasson Drehbank für
dauernde, lohnende Be-
schäftigung gesucht.

Hugo Wermeides,
elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle.

Samstag morgen erhalte
ich eine Auswahl

Rühe.

Hugo Kerspe, Halver.
Telefon 23.

Ein fl. gebr. eis.

Ofen

zu kaufen gesucht.
Wo sagt die Geschäftsst.
des Allg. Anz., Halver.

Bestellungen auf
Winterzwiebeln,
Weißkohl und
Futtermöhren

nehme ich entgegen, ferner
erhalte ich Donnerstag
1 Waggon

**Einnach-Pflaumen
und -Birnen**

zu billigen Preisen.

Wilh. Heedfeld,
Schalksmühle.

Preislisten, Kataloge

für
die Klein-
eisenindustrie wer-
den als Spezialität schnell
u. preiswert angefertigt. Stelle
hierzu aus meinem
großen Vorrat Clichés
kostenlos zur Ver-
fügung.

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
PIANOS
mit Klangsteg
D. R. G. M. 458403
Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29